

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888**

22.2.1888 (No. 53)

# Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 22. Februar.

№ 53.

Expedition: Carl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Februar.

Aus San Remo liegen heute über das Befinden Seiner Kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen recht gute Nachrichten vor, die mit um so größerer Befriedigung begrüßt werden dürften, als in den letzten Tagen das Allgemeinbefinden des hohen Herrn bekanntlich nicht frei von Störungen war. Man meldet aus San Remo von heute früh: „Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hatte gestern einen sehr guten Tag, den besten seit der Operation. Auch die Stimmung des Kronprinzen ist eine recht gute; Höchsterseits beschäftigte sich einen großen Theil des Tages mit Lesen. Husten und Auswurf sind geringer.“ Auch die Nacht ist, dem Verlaufe des gestrigen Tages entsprechend, ruhiger verlaufen. Eine spätere Mittheilung besagt: „Der Kronprinz hatte eine bessere Nacht; Husten und Auswurf haben wesentlich nachgelassen. Der Kronprinz wurde gestern vielfach am Fenster gesehen.“

Besonders sympathisch werden wir in Deutschland durch die herzliche Anteilnahme berührt, welche die öffentliche Meinung in England an der Krankheit des Kronprinzen nimmt. „Times“ und „Standard“ widmen heute wieder dem Kronprinzen theilnehmende Artikel. „Standard“ sagt, die Bulletins aus San Remo würden in London fast mit der gleichen Spannung wie in Berlin gelesen. England beantwortet jeden Wechsel in den Hoffnungen und Befürchtungen des deutschen Volkes mit Gefühlen der Sympathie und Bekümmerniß.

Ein Jahr ist heute verfloßen, seit ein neuer Reichstag aus der Abstimmung des deutschen Volkes hervorging. Eine stürmische, leidenschaftlich bewegte Zeit des Wahlkampfes fand am 21. Februar ihren Abschluß mit einem bedeutamen und wir dürfen wohl sagen, für die Entwicklung unseres neuen Deutschen Reiches geschichtlich wichtigen Wahlergebnisse. Selten ist dem Ergebnisse allgemeiner Wahlen in Deutschland mit so großer Spannung entgegengegesehen worden, als im vorigen Jahre, denn man wußte, daß dieses Ergebnis nicht bloß auf die Gestaltung der inneren, sondern auch der auswärtigen Lage von schwerwiegendem Einfluß sein werde. Die allgemeine politische Situation war eine ernste, kritische geworden und im Hinblick auf die Gefahr einer auswärtigen Entwicklung hatten die verbündeten Regierungen sich mit einer Abschlagszahlung auf ihre militärischen Forderungen nicht zufrieden geben können, sondern ein deutliches, klares Biotum unumittelbar vom Volke verlangt. Die verbündeten Regierungen hatten sich auch in ihrem Vertrauen auf das Verständnis der Wählerschaft für den Ernst der Zeitverhältnisse nicht getäuscht. Allenfalls gewonnen diejenigen Parteien, die sich in dem Streite zwischen den verbündeten Regierungen und der oppositionellen Mehrheit des alten Reichstages auf die Seite der ersteren gestellt hatten, an Boden; die Opposition erlitt überall die empfindlichsten Niederlagen. Wir erneuern wohl nicht

alten Streit, wenn wir des Tages, an welchem der nationale Gedanke im deutschen Volke so hell aufleuchtete und so kraftvoll zum Durchbruch kam, heute gedenken. Es ist unsere tiefbegründete Ueberzeugung, daß der Reichstag in seiner heutigen Gestalt nicht eine vorübergehende Stimmung der Wählerschaft zum Ausdruck bringt, sondern ein treues Abbild der entschieden nationalen und für die Größe des Vaterlandes begeisterten Gesinnung unseres Volkes darstellt. Wenn oppositionelle Blätter, um die Niederlage ihrer Partei zu verschleiern, das Ansehen des neuen Reichstages und die Bedeutung des Volksvotums vom 21. Februar v. J. herabzusetzen suchten, indem sie von dem neuen Reichstage als einem „Angstprodukt“ sprachen, so hat Fürst Bismarck in einem berührt gewordenen Ausspruch darauf die Antwort ertheilt. Angst vor einem äußeren Feinde ist Gott sei Dank dem deutschen Volke durchaus fremd. Nicht die Furcht vor einem Angriffe war es, die am 21. Februar 1887 das deutsche Volk leitete, sondern die feste, freundliche Entschlossenheit der Nation, ohne Feilschen und Unterbieten dasjenige für die Wehrkraft und die Sicherheit des Vaterlandes zu bewilligen, was der Kaiser und seine erprobten Rathgeber, was die verbündeten Regierungen für notwendig erklären mußten.

Die englische Presse beschäftigt sich angelegentlich mit den Ergebnissen der letzten Parlamentswahlen, wobei die Ansichten über die Bedeutung der Gladstone'schen Wahlsiege begreiflicher Weise recht weit auseinander gehen. Die „Daily News“ bezeichnen die Ergänzungswahl im Londoner Bezirke West-Southward, wo der Gladstoneaner Gansford am vorigen Freitag mit einer unerwartet großen Stimmenmehrheit gewählt worden ist, als ein Ereigniß von nicht mißzuverstehender Bedeutung. „Es ist nicht bloß ein harter Schlag für die Anhänger der Regierung,“ schreibt das Blatt, „sondern ein Zeichen des stetig fortschreitenden Verfalls der Torypartei. Mag die Zwangspresse noch so viele Entschuldigungen für ihre Niederlage finden, sie ist sich in Wirklichkeit der Tragweite dieses Wahlergebnisses bewußt.“ In der That machen die regierungsfreundlichen Blätter kein Hehl daraus, daß sie von dem Wahlausfalle in West-Southward unangenehm überrascht sind, obgleich, wie die „Times“ hervorheben, die Wählerschaft von Southward „iets große Neigung zur Veränderlichkeit zeigte, für die es kaum eine Erklärung giebt.“ Indessen darf man wohl aus dem Anwachsen der Gladstone'schen Stimmen um 1081 Stimmen seit der letzten Wahl in West-Southward keine zu weitgehenden Schlüsse ziehen. Bei der Ergänzungswahl in Dundee zeigte sich die entgegengesetzte Erscheinung: die Gladstoneaner siegten zwar auch hier, doch verringerte sich ihre Stimmenzahl um 380 Stimmen, während die unionistische Minderheit um 692 Stimmen stieg. Wenn die Gladstone'sche Presse geneigt ist, das Wahlergebniß in Southward in dem Sinne zu deuten, daß die öffentliche Meinung in England wieder mehr zu Gunsten Gladstones gestimmt sei, so könnte man mit demselben Rechte aus der Wahl in Dundee den gegentheiligen Schluß ziehen. Es ist aber stets eine mißliche Sache, aus Theilwahlen

sich ein Bild der Stimmung in der Gesamtwählerschaft construiren zu wollen.

## Deutschland.

\* Berlin, 20. Febr. Am heutigen Vormittage ließ Seine Majestät der Kaiser sich vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Perponcher Vortrag halten, empfing darauf den Militärattaché bei der I. Botschaft in Paris, Major v. Huene, welcher sich vor seiner Rückkehr auf seinen Posten in Paris abmeldete, sowie einige andere Offiziere, und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinetts, Wirl. Geh. Rath v. Wilmowski. Demnächst unternahm Seine Majestät eine Spazierfahrt. Später nahmen die Kaiserlichen Majestäten das Diner im königlichen Palais allein ein.

Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Verordnung, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Kriegsleistungen, zugestellt worden.

Die Arbeiten zur Alters- und Invalidenversicherung sind im Reichsamt des Innern, wie das „Fr. Z.“ erfährt, soweit gefördert, daß der Gesetzentwurf fertig gestellt ist und die Motive in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Nachdem die Vorlage dem Reichskanzler vorgelegen haben wird, wird dieselbe voraussichtlich noch im Laufe der Woche an den Bundesrath zur Beschlußfassung gehen.

Amlicher Nachricht zufolge ist General Don Pedro Romulo Negrete, Gesandter der Republik Guatemala am hiesigen Hofe, am 11. v. M. in seiner Heimat gestorben. Negrete war seit dem April v. J. hier beglaubigt, mußte aber bereits wenige Monate später, im Juli, krankheitshalber nach Guatemala zurückkehren.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung des von den Abgeordneten Ambach und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Abänderungen über den Identitätsnachweis, besteht aus folgenden Mitgliedern: Brömel, Büsing, v. Fischer, v. Flügge, Camp, Göber, Dr. Hammacher (Stellvertreter des Vorsitzenden), Hesse, Hoffmann-Königsberg (Schriftführer), Holz (Schriftführer), Freiherr v. Hornstein, Freiherr v. Huene, Pulsch, Limbourg, Lohren, Wegner, Freiherr von Mirbach, Niehammer, Nobbe, Freiherr von Pletten, Graf v. Praschma, v. Puttkamer-Plauth, Richter, Sibio, Graf v. Stolberg-Bernigerode (Vorsitzender), Struckmann, v. Wedell-Malchow, Woermann.

Die Reichstagskommission zur Berathung der Anträge Lieber-Hise betreffend die Sonntagsarbeit nahm den neuen § 105 der Gewerbeordnung mit großer Mehrheit an; darnach ist die Festsetzung der Verhältnisse zwischen selbständigen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern vorbehaltlich durch Reichsgesetz begründeter Beschränkungen, der Gegenstand fernerer Ueber-einkunft. Die Kommission genehmigte ferner den § 105a nach dem Vorschlage v. Kleist-Neufow, wonach Gewerbetreibende Arbeiter an Sonntagen und Festtagen nicht beschäftigen dürfen in Bergwerken, Salinen, Aufberei-

## Literatur.

A. v. Schloßberger: Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jerome von Westfalen, sowie des Kaisers Napoleon I. mit dem König Friedrich von Württemberg. 3 Bände. Stuttgart, bei Kohlhammer. 1886—87.

K. O. Lebhafte Anerkennung verdient es in historischen, wie in weiteren Kreisen, daß nimmermehr auch Württemberg mit einer Archivpublikation aus der napoleonischen Zeit hervorgetreten ist.

Berankaltet von dem Bicedirektor des Geh. Haus- und Staats-

archivs liegt dieselbe uns nun abgeschlossen in drei Bänden vor.

Band 1 und 2, die Jahre 1801—16 umfassen, enthalten die dem Haus- und Staatsarchiv entnommene Korrespondenz der Königin Katharina, ihres Gemahles und Napoleons mit König Friedrich.

Band 3 liefert eine erwünschte Ergänzung fühlbarer Lücken durch eine stattliche Reihe von Briefen des Letzteren an seine Tochter (1794—1814), die dem Herausgeber aus dem napoleonischen Familienarchiv zur Verfügung gestellt wurden. Ob nicht bei der Publikation der Korrespondenz eine größere Beschränkung wünschenswerth gewesen und manche Briefe von untergeordnetem Interesse, auch überflüssige Entwürfe, wie über Schloß Meudon, besser ausgeschieden wären, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Eine nicht unbedeutliche Anzahl der Briefe ist anderweitig veröffentlicht, theils in der Correspondance de Napoleon I., theils in den Mémoires de Roi Jérôme (Bd. III—VII). So finden sich in der ersteren beispielsweise von den hier mitgetheilten 29 Schreiben Napoleons an Friedrich I. schon 21 abgedruckt. Es ist zu beklagen, daß der Herausgeber diese Stücke sowohl, wie die in den Mémoires publizirten Briefe Katharina's an ihren Vater beim Wiederdruck nicht durch Verweisung als solche kenntlich gemacht, er hätte dann auch wohl nicht übersehen, daß das Schreiben Napoleons vom 27. Septbr. 1808, das er seiner Angabe nach erst nachträglich im Hausarchiv entdeckt und in der Einleitung zum ersten Bande veröffentlicht, schon längst aus der Correspondanz (17, 617) bekannt ist. Zu tadeln ist gleichfalls, daß die Schreiben

vom 8. Januar und 28. Februar 1810 nicht als Auszüge gekennzeichnet werden, wie sie es in Wahrheit sind.

Ein nahezu 80 Seiten umfassender Anhang zu Band I, mit urkundlichen Beiträgen zur Geschichte der Vermählung Katharina's mit dem größten Theile für den Historiker als werthlos bezeichnet werden. Statt einer ermüdenden Beschreibung offizieller Feierlichkeiten und des dabei veranstalteten Ceremoniells, sowie der Veröffentlichung von Notifikations- und Gratulations-schreiben, die lediglich einen Austausch wechselseitiger Höflichkeit bezeugen, wäre es erwünschlicher gewesen, eine knappe Geschichte der vorausgehenden Verhandlungen zu geben, die, wie gelegentliche Notizen (Bd. III, 18) andeuten, noch in letzter Zeit Schwierigkeiten begegnet zu sein scheinen.

Daß der auf dem Facsimile des Ehedetrags befindliche Name nicht Cardinal, sondern Cambacères zu lesen ist, wird nachträglich berichtet; dem Herausgeber würde dies Versehen nicht paßirt sein, wenn er die Reihenfolge der im Artikel angeführten Erzwürdenträger beachtet hätte, wer doch wohl auch die der Unterchriften entsprechen müßte.

Einleitungen, welche eine kurze Skizze des Inhaltes geben, sowie erläuternde Anmerkungen bilden eine erwünschte Beigabe des Herausgebers: nur zeigt er Bd. II, S. 16 Anm. 1 sich in seinen Vermuthungen etwas zu vorsichtig und ist der Ausdruck: „es scheint“ dort nicht wohl am Platze. Freig ist es, wenn er unter dem Nr. de Dalberg, dessen Bemühungen er die Erlöse des Badens in der Neuenburger Angelegenheit zuschreibt (III, 45), den Fürsten Primas versteht, es ist vielmehr dessen Neffe, der damalige bairische Gesandte in Paris und spätere französische Minister v. Dalberg. — Reiche Ausstattung, sowie musterhafte Korrektheit des Druckes bilden rühmenswerthe Vorzüge der Publikation.

Inhaltlich bietet dieselbe, namentlich Band 2, einen willkommenen Beitrag zur Geschichte der napoleonischen Zeit, speziell des westfälischen Königsreiches und des vielgeschmähten ersten württembergischen Königs.

Wichtiges und Unwichtiges wechselt in dem brieflichen Verkehr zwischen Vater und Tochter ab, wie es der Natur der mehr persönlichen als politischen Korrespondenz entspricht. Neben täglichen Erlebnissen und Familienangelegenheiten werden auch die politischen Ereignisse besprochen. Von Interesse sind in letzterer Hinsicht namentlich die mehrfach hervortretenden Beziehungen zu dem nahe verwandten russischen Kaiserthum, deren sich auch Napoleon für seine Zwecke bedient. Den Verlauf der russisch-französischen Heirathsverhandlungen, über welche das Schreiben vom 16. Februar 1810 wertvolle Aufschlüsse giebt, verfolgen Vater und Tochter mit reger Theilnahme: knüpft sich doch an ihr Gelingen die Aussicht auf erneute Vortheile für Württemberg.

Die deutsche Fürstentochter auf dem napoleonischen Throne, reich an Gaben des Geistes und des Gemüthes, erscheint hier im vollen Zauber der Anmuth. Ihre Heimath darf sich mit Stolz ihrer rühmen. Auch unter veränderten Verhältnissen bleibt sie ein echtes Württemberger Kind. Sie freut sich auf der Reise durch Frankreich in Pfalzburg wieder Deutsch zu hören, ein Gartenfest, bei welchem der väterliche Garten zu Ludwigsburg nachgeahmt wird, rührt sie zu Thränen. Württemberg gefällt ihr besser, wie Westfalen. Das Land ist schöner und reicher, die Leute sind dem alten Herrscherhause mehr in Treue zugethan.

Das Verhältniß zu ihrem Vater zeigt von seltener Innigkeit und rührender Pietät. Aber über all' der kindlichen Liebe und Ehrfurcht vergißt sie nie, was sie ihrem Gatten, was sie sich selbst schuldet, auch nicht im Unglück zur Zeit des Zusammenbruchs der napoleonischen Macht. Allen Trohungen und Versprechungen, allen Einflüsterungen und Verleumdungen zum Trotz hält sie mit unerschütterlichem Muth, mit der Entschlossenheit und Fähigkeit, die ein Erbtheil des Vaters zu sein scheint, an ihrem Gemahle fest, wie im übrigen, so auch hier ganz anders geartet als ihre Kaiserliche Schwägerin, die österreichische Kaiser-tochter.

Das Urtheil über König Friedrich, das wir aus der Publikation gewinnen, weicht — dies muß entschieden anerkannt werden

tungsanstalten, Brücken, Gruben, Hüttenwerken, Fabriken, Werkstätten, auf Werften und bei Bauten, und wonach ferner Handeltreibende ihre Gehilfen und Lehrlinge an Sonn- und Festtagen höchstens fünf Stunden beschäftigen dürfen. Anfang und Ende der Arbeitszeit ist der Polizeibehörde anzuzeigen.

Der Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten hat gestern noch der Nachprüfung in einer Redaktionskommission, bestehend aus dem Vorsitzenden Dr. v. Marquardsen, dem Berichterstatter Dr. Meyer (Zena) und dem Schriftführer v. Steinau-Steinrück, unter Mitwirkung des Regierungskommissärs Geheimrath Gutbrod unterlegen und ist entgeltlich festgestellt worden. Der Inhalt des Entwurfs ist bekannt.

Stuttgart, 20. Febr. Die beiden Kammern haben vorgestern ihre Sitzungen beendet und sind durch ein königl. Reskript verjagt worden. Aus der vorletzten Sitzung der Abgeordnetenkammer ist noch über eine Interpellation zu berichten, welche der Abg. Egger-Ravensburg im Verein mit einigen anderen oberwäbischen Abgeordneten einbrachte, betr. die Remonteaufkäufe. Der Kriegsminister General v. Steinheil erklärte sich zur Beantwortung derselben bereit. Die Interpellanten beklagen sich darüber, daß die (königl. preussische) Remonteaufkaufskommission in den letzten Jahren gar keine Pferde in Württemberg mehr aufgekauft habe, obwohl der in Oberschwaben geächtete Schlag nach dem Urtheil von Sachverständigen für die Bespannung bei der Artillerie sehr wohl brauchbar sei. Das Aufhören der Militäraufkäufe habe auch den übrigen Pferdehandel, der besonders nach der Schweiz früher lebhaft gewesen sei, schwer geschädigt. Der Kriegsminister erwiderte, er müsse leider konstatieren, daß die Urtheile der betreffenden Kommission über die in Oberschwaben vorgeführten Pferde ungünstig gelautet haben. Es sei dies übrigens eine alte Klage, schon vor 20 Jahren sei das meiste Material für das württembergische Militär aus Preußen und Oesterreich bezogen worden. Für Zugpferde wäre das Material an sich nicht unbrauchbar, aber mit den in den letzten Jahren gemachten Käufen habe man ungünstige Erfahrungen gemacht; es fehlte an der geeigneten Aufzucht, die Pferde waren zu früh verwendet worden, sie machten Schwierigkeiten in der Dressur u. s. w. Es seien auch wirklich gute Pferde zu haben gewesen, aber diese seien für die Kommission durchweg zu theuer. Der Zustand wäre nur zu ändern, wenn ein Remontedepot im Lande errichtet würde; davon habe man aber bisher der hohen Kosten wegen abgesehen. Er wäre, gleichwie der Minister des Innern, einem Projekte nicht abgeneigt, wonach das Landgestüt mit einem solchen Depot den Anfang machen sollte. Dieser Vorschlag fand Beifall im Hause und ein dahin gehender Antrag des Frhrn. v. Barnbiller wurde einstimmig angenommen. Aus der Debatte ist nur noch zu erwähnen, daß, nachdem Abg. Zipperlen (Professor für Pferdebezug in Hohenheim) eine Aeußerung gethan, als ob die preussische Kommission nicht ganz billig verfahren wäre und die Sache anders aufstellen würde, wenn württembergische Offiziere die Käufe besorgten, der Kriegsminister sehr energisch erklärte, er lasse sich auf diese Diskussion nicht ein. Er habe sich durch genaues Einsehen des Altematerials überzeugt, daß die preussische Kommission nach bester Ueberzeugung gehandelt habe. Er hätte gewünscht, daß eine derartige Frage überhaupt nicht aufgeworfen worden wäre.

Strasburg, 20. Febr. Es ist vielfach und mit Recht als inoffiziell bezeichnet worden, daß das Amtsblatt der Strasburger Diözese unter dem Titel „Bulletin ecclésiastique“ in französischer Sprache erschien. Jemand ein annehmbarer Grund konnte dafür nicht beigebracht werden, und eine andere Erklärung läßt sich nicht entdecken, als daß damit eine anti-deutsche Demonstration gemacht werden sollte. Denn unser Klerus rekrutirt sich überwiegend aus der ländlichen Bevölkerung, deren Fran-

zösisch selten über das „Bon jour“ hinausgeht, und den jungen Klerikern mußte die französische Sprache im weiteren Verlaufe ihrer Ausbildung erst künstlich aneignet werden, übrigens nicht immer mit dem gewünschten Erfolge. Es wird deshalb mit Genugthuung begrüßt werden dürfen, daß das bischöfliche Amtsblatt von jetzt ab in veränderter Gestalt erscheint. Der Titel lautet nunmehr: „Ecclesiasticum Argentense — Strasburger Diözeseblatt“ und weist lediglich deutsche und lateinische Mittheilungen auf. Nur eine nichtamtliche „Archivistische Beilage“, die Fortsetzungen früherer Artikel enthält, erscheint noch in französischer Sprache. — In einem einleitenden Vorwort wird zugleich mitgetheilt, daß die Leitung des Blattes von dem Canonikus B. Murry an den Sekretär des Bisthums, Hrn. Pfr. Zober, übergegangen ist. Hr. Murry war vor kurzem in der Presse ebenfalls vielgenannt als Verfasser taktloser Bemerkungen über den verstorbenen Bischof Racz, Bemerkungen, welche auf eine deutschfreundliche Haltung des Beweinigen abzielten und in dem bischöflichen Amtsblatte wenige Tage nach dem Tode des Oberhirten doppelt anstößig erschienen mußten.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Febr. Der Schulantrag des Fürsten Liechtenstein soll Ende März im Abgeordnetenhaus zur ersten Lesung kommen. Die Protestbewegung gegen den Antrag nimmt eine immer größere Ausdehnung an. Nachdem am Samstag im Musikvereinssaale eine große Bürgerversammlung getagt hatte, die sich energisch gegen den Antrag erklärte, fand gestern eine von etwa 4000 Personen besuchte Arbeiterversammlung statt, in der gleichfalls beschloffen wurde, Einspruch gegen den Antrag zu erheben. Ferner meldet man aus Prag, daß das Bankett, welches das Deutsche Kasino zur Begrüßung der Gäste des Deutschen Theaters veranstaltete, sich zu einer Kundgebung gegen den Liechtenstein'schen Antrag gestaltete. — Die „Polit. Korresp.“ erhält übereinstimmende Berichte aus London und Rom, wonach russischen Vorschläge entgegengelesen werde, nach welchen die Mächte bei der Pforte gemeinsam erklären sollten, daß das Verbleiben des Prinzen Ferdinand in Sofia ungesetzlich sei. Rußland schlage indessen keine Zwangsmaßregeln vor.

#### Italien.

Rom, 20. Febr. Das Kriesministerium dementirt offiziell die Nachricht eines Neapeler Blattes, daß ein geheimes Einvernehmen zwischen dem Oberkommandanten von Massanaah und den Dardanellen bestehe. Weder früher noch jetzt fanden direkt oder indirekt Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung oder Marzano und den Subanen statt. — Wie es heißt, ist Graf Nobilita zum Botschafter in London ernannt. — Nach einer Meldung aus Massanaah drangen Dermische fortgesetzt in das Gebiet nördlich des Trajanesees ein.

#### Frankreich.

Paris, 20. Febr. In der Deputirtenkammer fragte heute der radikale Abgeordnete Andrieux an, ob es wahr sei, daß Belgien, wie der Fürst Chimay in der belgischen Kammer behauptet hat, keine amtliche Einladung zur Welt-Ausstellung von 1889 erhalten habe. Der Ministerpräsident Florens erklärte, alle französischen Vertreter im Auslande hätten im März v. J. ein Rundschreiben erhalten, worin sie aufgefordert wurden, die betreffenden Regierungen einzuladen. Die belgische Regierung habe sich Bedenkzeit ausbehalten. Da keine Antwort eingegangen sei, so habe die französische Regierung es für geeignet gehalten, ihrerseits sich nicht an der Brüsseler Ausstellung zu betheiligen. Inzwischen aber sei eine Verständigung der beiden Regierungen erzielt worden, so daß jetzt eine offizielle gegenseitige Betheiligung gesichert sei. Mit lebhafter Spannung sieht man in parlamentarischen Kreisen der Donnerstagsitzung der Kammer entgegen. Es wird an diesem Tage über die geheimen Fonds für den Mi-

berg frei bewegen könne, wie der Kronprinz selbst, ist nicht erfüllt worden. Er wird als Staatsgefangener behandelt, wie der König selbst offen eingesteht. Ein unwürdiges, bis in das intimste Privatleben sich erstreckendes Spionir- und Ueberwachungs-system umgibt das westfälische Königspaar; wie weit der König darin geht, lehrt eine Stelle der Memoires (VII, 282). Daran reihen sich weitere Gewaltmaßregeln, die Beschlagnahme der Papiere Jérômes, die Eingriffe in seine Vermögensangelegenheiten, die peinlichste Kontrolle, welcher er darin unterworfen wird. Das aus Frankreich reklamirte Silber und Geschmelde wird zu Schleuderpreisen verkauft, die Verwaltung des Vermögens in die Hände einer Kommission gelegt.

Nichts von alledem wird durch die Briefe widerlegt, wo sich Aeußerungen über diese Dinge finden, bekämpfen sie vollkommen die Angaben Katharinas in dem oben erwähnten Schreiben und erhöhen mithin nur deren Glaubwürdigkeit.

Mag immerhin eine gewisse Ueberwachung des Königs aus Rücksichten der internationalen Politik geboten gewesen sein, mögen auch Verträge mit den Allirten Württemberg's nach dieser Seite Verpflichtungen auferlegt haben, Maßregeln wie die oben angeführten waren sicherlich nicht durch jene Verträge geboten, dafür besitzen wir das Zeugniß des Kronprinzen selbst, der an den Verhandlungen mit den Allirten theilgenommen und das Verfahren seines Vaters der Schwelger gegenüber offen mißbilligt. (Mem. VII, 227), dies beweist ferner die Thatsache, daß das westfälische Königspaar nach seiner Ueberlieferung nach Oesterreich, mannsfacher kleiner Chikanen ungeachtet, vor weiteren Gewaltthaten geschützt und namentlich von der lästigen Bevormundung in Vermögensangelegenheiten befreit blieb. Die „Affaire d'Elwangen“ ist und bleibt ein dunkler Fleck in der Geschichte König Friedrichs.

Mit Freude begrüßen wir es, daß der Herausgeber auch eine Publikation der gesammten politischen Korrespondenz des Königs mit Napoleon in Aussicht stellt, sie dürfte für die Geschichte der Zeit überhaupt, wie speziell die des Rheinbundes werthvolle Aufschlüsse bringen und das heute vielfach schwankende Urtheil über jenen geistig unstreitig hervorragenden Fürsten nach mancher Seite hin berichtigen.

nister des Innern berathen werden und man hält es nicht für unmöglich, daß die Berathung zu einer Ministerkrisis führt. — Im Prozeß gegen Wilson wurde heute das Zeugenverhör beendet. Nach den Aussagen der zuletzt vernommenen Zeugen sind die Aussichten für Wilson wieder minder günstig geworden. Der Destillateur Delizy sagte aus, er habe eine Ordensauszeichnung gewünscht und Wilson hätte verlangt, er solle 200 000 Francs für seine Zeitungsunternehmungen zeichnen. Er habe daraus geschlossen, daß Wilson mit Orden handle, und sei deshalb nicht wieder zu ihm gegangen. Morgen beginnen die Plaidoyers.

Der „Rapport“ entwirft von der parlamentarischen Lage folgendes für die Kammer zwar nicht schmeichelhaftes, aber, wie es scheint im Allgemeinen zutreffendes Bild: „Vor drei Tagen erlangte das Ministerium mühsam eine Majorität von acht Stimmen. Vorgestern blieb es mit 55 Stimmen in der Minorität. In der gestrigen Sitzung vertheilten sich die Stimmen dermaßen, daß man zu einer genauen Zählung Zuflucht nehmen mußte. Man kann nicht mehr in die Kammer kommen, ohne sich fragen zu müssen, ob diesmal der definitive Sturz bevorsteht. Und da Gemüths-bewegungen dieser Art bei häufiger Erneuerung ausbrechen, sehr tief zu gehen, so fragt sich jetzt ein Theil der Kammer in späh-bahter Laune jedesmal, wenn Stimmzählungen vorgenommen werden, von denen der Fortbestand des Cabinets abhängt: Wird es fallen? Wird es nicht fallen? Was mich betrifft, so finde ich diese Lage weniger lustig, als mancher Andere (der Verfasser des Artikels ist Ernest Lefevre, Vizepräsident der Kammer), und meine, es sei für die republikanische Majorität hohe Zeit, einen festen Entschluß zu fassen. Ich begreife wohl, daß man für das jetzige Cabinet eine mehr als mittelmäßige Bewunderung empfindet und keinen Vortheil in der Verlängerung seines Daseins erblickt. Andererseits begreife ich nicht minder, daß man einem neuen Cabinet ein trautes Gesicht machen würde, indem man es mitten in die Schwierigkeiten der Verhandlungen über das Budget setze. Es handelt sich also darum, entweder irgendeine Streitfrage zu nehmen und das Ministerium ohne Verzug zu stürzen, oder aber das Budget glatt an das Ziel zu führen, um nach seiner Erledigung die volle Freiheit zu gewinnen. Statt dessen wählt die Kammer ein drittes Mittel, welches das Schlimmste von allen ist. Es ist ihr nicht besonders darum zu thun, daß das Ministerium bleibe, aber auch nicht, daß es gehe, und sie zankt sich bei den verschiedenen Kapiteln mit behändlichen Zeitverlusten herum. So wird sie am Ziele des dritten Steuerzweifels, Ende März, anlangen, kein Budget, vielleicht auch nicht ein neues Ministerium haben, oder, wenn ein solches da ist, wird die verlorene Zeit die Lösung der Konflikte noch erschwert haben. Statt dessen schlage ich vor, daß die Gruppen zusammentreten und für das Eine oder das Andere entschließen: entweder das Cabinet sofort zu stürzen oder ein Opfer zu bringen, um die Annahme des Budgets zu ermöglichen. Das eine oder das andere dieser Mittel läßt sich zur Wahl empfehlen, aber die Wahl muß getroffen werden.“

#### Großbritannien.

London, 21. Febr. (Tel.) Amtlich wird gemeldet, daß Baron Henry Buns zum Unterstaatssekretär der Kolonien und Lord Dunslow zum Sekretär des Handelsamts ernannt worden ist. — Im Unterhause erklärte der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Ferguson, auf eine Anfrage, daß die neuen Hebriden bis jetzt noch nicht geräumt seien; Frankreich habe sich zur Räumung innerhalb vier Monaten vom 16. November 1887 ab verpflichtet. Das Gerücht, England sei im Begriffe oder beabsichtige gegen Venezuela auf militärischem Wege vorzugehen, sei total unwahr. Die Regierung sei im Prinzip nicht dagegen, die schwebende Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, sie halte aber die von Venezuela für den Schiedspruch vorgeschlagenen Grundlagen für unannehmbar. Bei der Fortsetzung der Adressdebatte kündigte Mannors an, die Regierung werde eine Vorlage behufs Errichtung eines Ackerbau-Departements einbringen.

Die neue Geschäftsordnungs-Vorlage ist unter die Mitglieder des Parlaments vertheilt worden. Wie bereits berichtet, sollen Sitzungen bis Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3 Uhr Nachmittags bis 1 Uhr Nachts stattfinden. In die Tagesordnung bei Schluß der Sitzung nicht erledigt, so soll sie an dem nächsten Tage, an dem das Haus versammelt ist, zu Ende geführt werden. Von 8 bis 9 Uhr Abends ist eine Pause. Der zweite Abschnitt der Vorlage handelt vom Debattenschluß, welcher erfolgen kann, wenn die Majorität für den Antrag 100 Mitglieder beträgt. Durch den dritten Abschnitt erhält der Sprecher, resp. der Vorsitzende das Recht, Abgeordnete, deren Benehmen gröblich gegen die Würde des Hauses verstößt, aus dem Saale auszuweisen. In minder starken Fällen ist er befugt, das Haus über dieselben aburtheilen zu lassen. Der Sprecher und Vorsitzende kann auch einem Mitgliede das Wort entziehen, wenn dasselbe seinen eigenen oder die Argumente Anderer zwecklos wiederholt. In einem besonderen Paragraphen erhält die Regierung das Recht, Regierungsvorlagen an denjenigen Tagen, wo Regierungsgeschäfte die Priorität haben, zur Verhandlung zu bringen. Der Sprecher kann auch eine Abstimmung vornehmen, indem er die Mitglieder ersucht, sich nur von ihren Stimm zu erheben.

#### Dänemark.

Kopenhagen, 19. Febr. Der Kultusminister Scavenius betonte, wie dem „D. N.“ geschrieben wird, beim Stiftungsfeste des Konservativen Klubs, dem mehrere Minister beiwohnten, die Nothwendigkeit fester und besonnener Politik nach innen wie nach außen. In Evidenz und Verantwortlichkeit müsse versucht werden, eine Verständigung mit der Opposition anzubahnen, wenn diese bereit sei, bestimmte Bedingungen zu erfüllen. Man dürfe indessen weder den Vogen zu straff spannen, noch mehr von den Gegnern verlangen, als diese mit Ehre einräumen könnten.

#### Serbien.

Belgrad, 20. Febr. Die serbische Fortschritts-partei hat beschloffen, sich offiziell nicht an den Wahlen zu betheiligen, jedoch den einzelnen Parteimitgliedern die Betheiligung freizustellen. Die bisherigen Wahlmännerwahlen sind in einigen Landbezirken fast ohne Ausnahme radikal ausgefallen.

von der bisherigen Ueberlieferung vielfach zu seinen Gunsten ab. Hat man ihn bisher des äfteren als Hausstrannen geschil-dert, so zeigt er sich hier gerade im häuslichen Kreise, im Ver-hältnisse zu seiner Tochter, wie zur übrigen Familie \*) von einer menschlich liebenswürdigen Seite, selbst in den Tagen des offenen Zerwürfnisses mit Jerome leuchtet aus seinen Briefen noch un-vertennbar die alte Liebe zu seiner Tochter hervor.

Gegenüber dem kaiserlichen Nachbarn bewahrt er bei aller Ergebenheit, wo es sich um die Interessen seines Landes handelt, doch noch den Muth der eigenen Meinung, wie sein Protest gegen Bandammes Kommandobehauptung und die angebliche Abberu-fung seiner Truppen nach Antwerpen bezeugt. Derlei Wider-spruch war in den Tagen des Rheinbundes immerhin selten.

Auch die Sorge um sein Volk tritt in den Briefen vielfach hervor, es bekümmert ihn schwer, daß es im Kriege dahingeeifert wird, die Verluste im russischen Feldzuge \*\*) erfüllen ihn mit banger Sorge, er fühlt, wie er der Tochter schreibt, in seinem Alter nur zu lebhaft, wie er vergeblich darnach gestrebt, am Glücke seines Volkes zu arbeiten.

In einem wesentlichen Punkte freilich wird die bisherige Auf-fassung nicht geändert. Es handelt sich um die berüchtigte Affaire d'Elwangen. Die gewichtigen Anlagen, welche Katharina in ihren Briefen an Madame Laetitia und Kaiser Alexander er-hebt (Mém. VII, 215-35), werden durch die vorliegende Publi-kation keineswegs, wie Schloßberger hofft, entkräftet, sie bleiben nach wie vor bestehen.

Mag man auch das brutale Verfahren des Generals v. Geis-mar bei der Ueberfiedelung Katharinas nicht auf Rechnung des Königs setzen, so ist er doch verantwortlich für all die uneräu-lichen Vorgänge, die sich nach Jérômes Ankunft auf württem-bergischem Boden abspielten.

Die dem Könige ertheilte Zusage, daß er sich in Württem-

\*) Man vergl. z. B. den Antheil, der er an der Krankheit des kleinen Prinzen Karl nimmt. III, 150-1.

\*\*) Er hätte in demselben 14 000 Mann, 4000 Pferde, alles Geschütz und Armeematerial ein, von 378 Offizieren blieben nur 173 übrig, und diese waren meist invalid.

**Alten.**

Tokio, 7. Jan. Der „Allgemeinen Zeitung“ wird von hier geschrieben: „Dank den von der Regierung in Folge des Ausnahmegesetzes zur Verhütung von Unruhen, von dem wir mit letzter Post berichteten, ergriffenen Maßregeln ist es gelungen, die Ruhe in der Hauptstadt aufrechtzuerhalten. Vier- bis fünfhundert Unzufriedener und Verdächtiger, die aus den Provinzen nach Tokio gekommen waren und einen genügenden Grund für ihren Aufenthalt hier nicht angeben konnten, wurden aus der Hauptstadt ausgewiesen. Die Räubersführer wurden verhaftet und zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen verurtheilt. Unter denselben befinden sich fortschrittliche Zeitungsredakteure, Rechtsanwälte, ja auch ein japanischer Baptistenprediger. Infolge dessen bietet jetzt die Stadt das Bild vollständiger Ruhe. Auch die Ministerkrise scheint vorüber und das Ministerium Ito in seinem Fortbestand gesichert zu sein.“

**Badischer Landtag.**

Karlsruhe, 21. Febr. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Ersten Vicepräsidenten Friderich.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Geheimerath Eisenlohr und Ministerialrath Schenk.

Der Präsident erfüllt zunächst die schmerzliche Pflicht, dem Hohen Hause die Trauernachricht von dem gestern erfolgten Tode des Abg. Burg mitzutheilen, der nach längerer Krankheit und trotz der noch vor Kurzem bestandenen Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens nun doch seinem schweren Leiden erlegen sei; nachdem der Verewigte im Jahre 1881 erstmals als Vertreter der Stadt Offenburg der Zweiten Kammer angehört habe, sei derselbe seitdem wiederholt durch das Vertrauen seiner Wähler in dies Haus entsendet worden, wo er sich durch die ihm innewohnende Pflichttreue, durch die Festigkeit und Lauterkeit seines Charakters eine hochgeschätzte Stellung errungen und ein dauerndes ehrenvolles Andenken gesichert habe; daß zum Zeichen bitte Redner die Versammlung, sich von ihren Sitzen zu erheben. Dies geschieht.

Neue Einläufe sind nicht zu verzeichnen. Gegenstand der Tagesordnung bildet die Verathung des von dem Abg. Wilkens schriftlich erstatteten Berichtes über den Gesetzentwurf, die Ausführung der Unfall- und Krankenversicherung betr.

An der Generaldebatte beteiligten sich nach einer einleitenden Rede des Berichterstatters die Abgg. Kraab, Winterer und Marbe, sowie namens der Großh. Regierung Geheimerath Eisenlohr.

In der Spezialdiskussion ergreifen zu § 1 das Wort die Abgg. Rucht, Frank, Strübe, Riefer und der Berichterstatter; zu § 5, über welchen sich eine sehr ausführliche Diskussion entspinnt, die Abgg. Klein-Vertheim, Kraab, Riefer und der Berichterstatter, während die Abgg. Blankenhorn, Frensch, Frank und Kirchenbauer den von ihnen eingebrachten Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage begründen.

Nachdem noch seitens der Großh. Regierung Geh. Rath Eisenlohr und Ministerialrath Schenk für die Fassung des § 5 in der Regierungsvorlage gesprochen und zwei gleichlautende Anträge der Abgg. Schneider, Leipf und Sieber einer, der Abgg. Fiefer, Strübe und Groß andererseits auf Schluß der Debatte angenommen worden waren, vereinigt der Antrag Blankenhorn auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in der Abstimmung auf sich die Mehrheit der Stimmen. Zu § 9 sprechen die Abgg. Kraab, Wittmer, Klein (Vertheim), Marbe und der Berichterstatter. Die §§ 10-13 gelangen ohne Diskussion, § 14 nach einer Bemerkung des Berichterstatters und nach Ablehnung eines Antrages des Abg. Marbe auf Vertagung der Verhandlung zur Annahme. Die folgenden Paragraphen werden ohne Diskussion und in der hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung das ganze Gesetz einstimmig angenommen. Hierauf Schluß der Sitzung 1/4 Uhr.

Ausführlicher Bericht folgt.

Karlsruhe, 21. Febr. 34. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 23. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Verathung des Berichtes der Kommission für den Gesetzentwurf die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen betr. Berichterstatter: Abg. Land. 3. Verathung von Berichten der Petitionskommission, und zwar: a. Bitte des Verbandes der badischen Gewerbe- und Zeichenlehrer um zweckentsprechende Ausbildung und Regelung ihrer Befoldungs- und Wohnungsverhältnisse. b. Bitte einer größeren Anzahl Einwohner von Mannheim, die Beseitigung von Mißständen am dortigen Gymnasium betr. Berichterstatter zu 3 a. u. b.: Abg. Strübe.

**Großherzogthum Baden.**

Karlsruhe, den 21. Februar.

In Ergänzung und theilweiser Berichtigung der gestrigen Nachricht über die Erkrankung Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig Wilhelm haben wir Nachstehendes mitzutheilen:

Seine Großherzogliche Hoheit erkrankte Donnerstag den 16. d. M. Nachmittags und steht seit Freitag den 17. d. M. in Behandlung des Geheimen Hofrath Professor Dr. Baumler. Der Großh. Leibarzt Geheime Rath Dr. Jenner befindet sich seit Samstag, den 18. d. M. gleichfalls in Freiburg.

Schon am Freitag waren Erscheinungen von Entzündung der rechten Lunge nachzuweisen bei nur mäßigem Fieber. Letzteres steigerte sich in der Nacht vom Sams-

tag, den 18. auf Sonntag, den 19. und blieb bisher auf gleicher Höhe. Die entzündliche Verdichtung beschränkt sich auf den unteren Lappen der rechten Lunge. Puls und Kräftezustand sind bisher während des ganzen Verlaufs befriedigend. Der Anfang der heutigen Nacht wurde durch stärkere pleuritische Schmerzen gestört; gegen Morgen erfolgte ruhiger Schlaf. Die Verdichtung hat sich seit gestern nicht ausgedehnt und weist an einer Stelle Zeichen beginnender Lösung auf. Das Fieber ist noch gleich hoch.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind letzten Sonntag den 19. ds. Abends 7 Uhr in Cannes eingetroffen und wurden auf dem Bahnhof empfangen von Ihren Königlichen Hoheiten dem Erbherzog und der Erbherzogin, von Seiner Hoheit dem Erbprinzen von Nassau, Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin von Hohenzollern, sowie von Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten Michael Michailowitsch von Rußland; höchstselben verfügten sich sodann nach dem Grand Hôtel du Pavillon, wo Ihre Königlichen Hoheiten bei den Erbherzoglichen Herrschaften Absteigequartier genommen haben.

Montag den 20. war bis zum Nachmittag sehr stürmischer Wetter in Cannes. Ihre Königlichen Hoheiten erhielten am Vormittag viele Besuche, unter andern den Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen v. Wales, der alsbald nach San Remo abreiste. Am Nachmittag besuchten die Höchsten Herrschaften mit dem Erbherzog und der Erbherzogin Ihre Königliche Hoheit die Fürstin Josephine von Hohenzollern, Ihre Großherzogliche Hoheit die Herzogin von Hamilton Prinzessin von Baden, Ihre Majestäten den Kaiser und die Kaiserin von Brasilien, Seine Hoheit den Fürsten und Ihre Königliche Hoheit die Fürstin von Hohenzollern, Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, Ihre Königlichen Hoheiten den Grafen und die Gräfin Trani, die Gräfin Caserta, sowie den Herzog und die Herzogin von Chartres.

Da Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin wegen Ermüdung infolge der anstrengenden Reise der Ruhe bedurfte, werden die Höhen Herrschaften den heutigen Tag noch in Cannes verweilen und sodann nach einem nochmaligen kurzen Aufenthalt in San Remo sich direkt nach Freiburg begeben, wohin höchstselben durch die Sorge um Seine Großherzogliche Hoheit den Prinzen Ludwig Wilhelm gerufen werden, von höchstselben Erkrankung die Höhen Eltern erst am 18. d. M. in Mailand Nachricht erhalten haben.

Druschal, 20. Febr. (Vortrag. — Gemeindegewalt.) Die Reihe der zu Gunsten des hiesigen Frauenvereins veranfaßten Vorträge eröffnete letzten Freitag Herr Gemeindefaktor Amann hier; er sprach über die Palzgräfin Genovefa. In einer hochinteressanten, von gediegener Forschung zeugenden Darlegung entwickelte der Redner die vier in neuerer Zeit hervorgetretenen Auffassungen der allbekannten Genovefagehichte; als Naturmythus, als Volkssage, als erdichtete Marienlegende, als historische Begebenheit aus dem 8. Jahrhundert, und entschied sich, unter Ausföhrung der dafür sprechenden überzeugenden inneren und äußeren Gründe für die letzte, wenn auch nicht gelangt wurde, daß die Begebenheit mit der Zeit durch zahlreiche legendenhafte Züge ausgeschmückt worden sei. Einstimmige Anerkennung der zahlreich versammelten Zuhörerchaft lohnte den Redner für seinen Vortrag. — Bei den am Dienstag vorgenommenen Stadtrathswahlen wurden Privatier Heinrich Hetterich wieder und an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Fabrikanten Julius Groß Fabrikant Alexander Dreißig gewählt. Für die Stelle des Oberbürgermeisters ist dem Vernehmen nach Herr Oberamtmann Dr. Gautier in Stockach in Aussicht genommen.

Offenburg, 19. Febr. (Marktberichte. — Tabakgeschäfte.) In der Fruchtmarkt wurden am 11. d. M. 160 Zentner Frucht eingeführt. Für den Zentner Weizen wurden durchschnittlich 9 M. 35 Pf., für den Zentner Halbwitzen 8 M. 15 Pf., für den Zentner Hafer 7 M. 75 Pf., für den Zentner Gerste 8 M. bezahlt. Weizen und Halbwitzen erfuhren einen Preisauflschlag von je 5 Pf., Hafer von 25 Pf., Gerste von 15 Pf.; Korn behauptete den alten Preis. — Auf dem Samenmarkt entwickelte sich an gleichem Tage ein lebhafter Geschäftsgang. Die Auktion betrug 259 Stüd, darunter 22 Säuer von 40 bis 60 Pfund. Für das Paar Säuer wurden 36-50 M., für das Paar Ferkel 14 bis 24 M. bezahlt. — Ueber das Tabakgeschäft erfahren wir nachträglich, daß in Fim, dessen Tabake von Händlern gerne gesucht sind, in einem Zeitraum von zwei Tagen der ganze auf nahezu 3000 Zentner geschätzte Vorrath verkauft wurde. Von 22 bis 23 M., die man anfangs für den Zentner zahlte, stieg der Preis für größere Abtheilungen schließlich bis zu 28 M. In den umliegenden Orten wurde meistens weniger gelöst. In Egersweier bei Offenburg wurden ziemliche Mengen zum Preise von 11 bis 15 M. abgesetzt.

Forsheim, 20. Febr. (Landwirthschaftlicher Konsumverein.) Gestern Nachmittag fand in Dürren unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrathes Pfister eine starbeseuchte landwirthsch. Besprechung statt, bei welcher Herr Landwirthschaftsdirektor Schmid einen sehr anspredhenden Vortrag über landwirthschaftliche Konsumvereine hielt. Es traten sofort 18 Einwohner zu einem solchen Verein zusammen und wurden alsbald die Vorstandswahlen vorgenommen, die erste Generalversammlung abgehalten und Beschlüsse über Bestellungen landwirthschaftlicher Bedarfsgegenstände gefaßt. Der Verein ist, wie die übrigen im Bezirk, engetragene Genossenschaft und hat sich dem Landesverband angeschlossen. Die Zahl der landwirthschaftlichen Konsumvereine des Amtsbezirks Forsheim ist damit auf 23 gestiegen, von welchen 20 im Laufe des letzten Halbjahres entstanden sind. Diese Vereine, deren Mitgliederzahl stetig wächst, entfalten eine eifrige Thätigkeit namentlich in Bezug von Kraftfuttermitteln und künstlichem Dünger und bewirken damit allmählig aber sicher einen großen Fortschritt in dem gesammten Landwirthschaftsbetriebe.

**Verschiedenes.**

Köln, 20. Febr. (Einbeziehung der Vororte.) Wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, hat Se. Majestät der Kaiser auf Vortrag des Ministers des Innern v. Puttkamer die Ge-

nehmigung zur Eingemeindung der Außenorte in die Stadtgemeinde Köln auf Grund der zwischen den Gemeinden geschlossenen Verträge ertheilt. Die Durchführung dieser Anordnung wird bereits am 1. April d. J. erfolgen.

**Neueste Telegramme.**

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 21. Febr. Der „Reichsanzeiger“ enthält folgendes Bulletin aus San Remo von heute Vormittag 10 1/2 Uhr: Das Befinden Sr. Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen war gestern viel besser, sowohl bezüglich des Hustens und Auswurfs, als auch des Appetits. Auch in der Nacht waren weniger Hustenanfälle. Der Kronprinz verbrachte in der letzten Woche den größten Theil des Tages außerhalb des Bettes.

Berlin, 21. Febr. Der Reichstag genehmigte ohne Debatte in zweiter Lesung den Nachtragsetat für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres und genehmigte ferner bei der zweiten Lesung des Postetats, entgegen dem Kommissionsantrage, die Summe von 100 000 Mark als erste Rate für Herstellung eines Dienstgebäudes in Jüterburg. Im Uebrigen wurde der Etat nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso debattelos der Etat der Reichsdruckerei.

Berlin, 21. Febr. Die „Nord. Allg. Zeitung“ sagt in ihrer Tagesrundschau, jedenfalls dürfe heute als feststehend gelten, daß die Verhandlungen der Kabinette in Fluß kommen und mithin alle Befürchtungen hinfällig machen, welche aus der seitherigen Unbeweglichkeit der Situation ihren Ursprung ableiteten.

München, 21. Febr. Der Finanzanschuß der Kammer stellte die Quote Bayerns auf 30 700 000 Mark fest. Der Finanzminister stimmte dem Anschläge des Referats, nach welchem der Zinsbetrag der Reichsschulden auf 40 Millionen, der Antheil Bayerns für das Reichsheer um 6 1/2 Millionen anwuchs, zu, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß die Verbrauchsabgabe für Rübenzucker die Einnahmen steigern werde.

Wien, 21. Febr. (Privattelegramm.) Nach Erkundigungen an maßgebender Stelle ist die Londoner Meldung von einer Portennote, worin die bosnische Frage mit der bulgarischen in Zusammenhang gebracht werde, durchaus unrichtig.

Paris, 21. Febr. Die Zeitungen befürchten, gellentlich der Verathung über die geheimen Fonds, die wahrscheinlich am Donnerstag stattfindet, eine Ministerkrise, wenn das Kabinet die Vertrauensfrage stelle (schon unter „Paris“ erwähnt). Die Radikalen und Sozialisten in Saint Etienne beschloßen, Boulanger's Kandidatur für die Deputirtenkammer aufzustellen, obgleich derselbe nicht wählbar ist.

Paris, 21. Febr. Der Ministerrath beschloß eine Reduzirung des vom Minister des Innern verlangten Kredits von 1 600 000 Francs seitens der Kammer nicht zuzulassen. — Bei der heutigen Verhandlung des Prozeßes Wilson konstatirte der Staatsanwalt die thatächliche Käuflichkeit Wilson's. Die Handlungsweise erscheine um so unmoralischer, als er Politiker sei und seine werwerfliche Thätigkeit im Elysee betrieb.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Harder in Karlsruhe.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Freitag, 24. Febr. 27. Ab.-Vorst.: „Maner und Schloffer“, Oper in 3 Aufzügen nach dem Französischen des Scribe von Fr. Elmenreich. Musik von Auber. Anfang 6 1/2 Uhr.

In Baden. Mittwoch, 22. Febr. 18. Ab.-Vorst.: „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Aufzügen nach dem Französischen des Locroy und Cormon. Deutsch von G. Ernst. Musik von Limé Mailart. Anfang 6 1/2 Uhr.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.**

Februar	Barom. in C.	Therm. in C.	Relat. Feuchtigk. in %	Wind.	Himmel.
20. Nachts 9 U.	735.4	+ 2.4	3.8	70	NC
21. Morgs. 7 U.	735.8	+ 0.8	3.7	75	sehr bew.
21. Mittags 2 U.	737.0	+ 3.4	3.5	60	bedeckt

Wasserstand des Rheins. Magau, 21. Febr., Mrgs. 2.95 m, gefallen 7 ctm.

Uebersicht der Witterung. Das barometrische Maximum, welches gestern im Nordosten lag, hat sich nach dem Innern Rußlands verlegt, während ein neues Maximum im Westen herannahet. Ueber Deutschland dauert die mäßige östliche Luftströmung, bei vorwiegend trüber, aber trockener Witterung fort. In Nord- und Mitteldeutschland herrscht ziemlich starker Frost, dagegen ist Süddeutschland meist frostoffrei. (Deutsche Seew.)

**Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 21. Februar 1888.**

Staatspapier.	Staatbahn.	Berlin.
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe 107.50	Sachsenbahn 178 1/2	Cekerr. Kreditaktien 158.90
4 1/2% Preuss. Rente 109.95	Bombardier 40 1/2	Staatbahn 80.70
4 1/2% Baden in R. 103.70	Esthal 124.10	Bombardier 31.10
4 1/2% W. 104.90	Medienburger 127.30	Montenap. Kommand. 191.50
Cekerr. Goldrente 87.50	Hess. Ludwigsbahn 157.50	Sanktaltile 90.—
4 1/2% Silberrente 83.00	Österr. Südbahn 112.30	Dortmunder 67.20
4 1/2% Ungar. Goldrente 77.50	Gotthard 112.30	Marienburger 49.80
1877r. Russen 94.20	Weschnel und Ostern. 109.07	Zemdenz: —
1880r. 76.20	Weschnel a. Amsterd. 109.07	Wien.
11. Orientanleihe 61.30	London 80.30	Kreditaktien 168.50
Italien. Rente 94.—	Paris 80.70	Marktnoten 68.22
Egypter 75.—	Wien 160.30	Ungarn 96.47
Spanier 66.80	Stapelkredit 16.18	Zemdenz: schwach.
5 1/2% Serben 77.50	Privatdiskonto 3 1/2	Paris.
Kreditaktien 214 1/2	Badische Papierfabrik 77.70	4 1/2% Meise 81.92
Diskonto Kommand. 187.20	Weschnel 77.70	Spanier 67.—
Basler Bankverein 162.60	Weschnel 77.70	Egypter 87.—
Darmstädter Bank 128.40	Weschnel 77.70	Ötomanen 69.1—
5 1/2% Serb. Rente 78.50	Weschnel 77.70	Zemdenz: —

